

Wahlprüfsteine des NABU Baden-Württemberg - Antworten von Alois Gerig MdB

Kandidat (Name, Partei, Wahlkreis)

Alois Gerig MdB

CDU

Wahlkreis Odenwald-Tauber

1. Glyphosat

Über die Neuzulassung von Glyphosat wird Ende 2017 entschieden. Das Totalherbizid ist gesundheitsschädlich und mitverantwortlich für den Artenrückgang in unserer Landschaft.

Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis unabhängig von den Entscheidungen in Brüssel dafür einsetzen, dass der Einsatz glyphosathaltiger Spritzmittel in Deutschland massiv reduziert oder gänzlich verboten wird?

Antwort:

Nein. Die Europäische Chemikalien Agentur (ECHA) kam auf Grundlage einer wissenschaftlichen Risikobeurteilung zu dem Ergebnis, dass bei sachgerechter Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln keine Gefahren für Menschen und Natur bestehen. Zum gleichen Ergebnis kamen auch Untersuchungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) sowie zahlreicher weiterer unabhängiger Bewertungsbehörden. Somit ist der Weg frei, die Zulassung des Wirkstoffes Glyphosat zu verlängern.

Neben wissenschaftlichen Erkenntnissen sprechen auch die Erfahrungen aus der Praxis dafür, Glyphosat nicht vom Markt zu nehmen. Die Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln hat sich zur Unkrautbehandlung im Pflanzenbau sehr bewährt. Ein Verzicht auf Glyphosat würde einen vermehrten Einsatz anderer Pflanzenschutzmittel sowie zu einer intensiveren Bodenbearbeitung führen. Glyphosat macht eine ökologisch sinnvolle, nichtwendende Bodenbearbeitung häufig erst möglich.

Grundsätzlich möchte ich folgendes anmerken: Mit Pflanzenschutzmitteln können sich Landwirte gegen Schädlinge und Krankheiten zur Wehr setzen, die die Erträge ihrer Kulturpflanzen deutlich vermindern können. Kontrollen belegen, dass bei Lebensmitteln aus Deutschland die Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel-Rückstände äußerst selten überschritten werden. Dies zeigt, dass in Deutschland Pflanzenschutzmittel maßvoll und verantwortungsbewusst eingesetzt werden. Pflanzenschutzmittel tragen zu guten Ernten, zu sicheren Einkommen in der Landwirtschaft und zu einem hochwertigen Angebot an bezahlbaren Lebensmitteln bei.

2. Insektensterben

Es gibt immer weniger Insekten. Eine Forschungsgruppe in Nordrhein-Westfalen hat in einer Langzeitstudie Rückgänge um bis zu 80 Prozent dokumentiert. Auch blütenbestäubende In-

sekten sind betroffen. Neonicotinoide, die weltweit zu den am meisten eingesetzten Insektiziden gehören, sind nachweislich gefährlich für Bienen und andere Bestäuber und damit maßgeblich verantwortlich für deren Rückgang.

Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für ein Verbot der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide einsetzen?

Antwort:

Grundsätzlich werden Pflanzenschutzmittel nur zugelassen, wenn nach dem Stand der Wissenschaft der Gesundheits- und Umweltschutz gewährleistet ist. Im Zulassungsverfahren werden auch mögliche Auswirkungen auf Bienen geprüft. Um Bienen besser zu schützen, bestehen bereits weitreichende Verbote für neonicotinoidhaltige Pflanzenschutzmittel. So wurde aus Gründen des Bienenschutzes untersagt, Mais-, Raps- und Getreidesaatgut mit Neonicotinoiden zu beizen. Bei zusätzlichen Verboten ist zu befürchten, dass vermehrt andere Insektizide angewendet werden.

Der Insekten- und Bienenschutz hat für den Erhalt einer artenreichen Kulturlandschaft allergrößte Bedeutung. Beim Thema Insektensterben, das ich mit großer Sorge sehe, besteht meines Erachtens erheblicher Forschungsbedarf. Bevor wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, muss untersucht werden, welches Ausmaß das Problem angenommen hat und welche Rolle Landwirtschaft, Verkehr, Zersiedelung, Flächenverbrauch und Klimawandel spielen.

3. Agrarförderung

Die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gilt noch bis Ende 2020. Doch schon jetzt werden die Weichen für die künftige Agrarförderung (ab 2021) gestellt. Die derzeitige Agrarpolitik führt zu hohen Umweltbelastungen (vgl. NABU-Studie unter www.NABU.de/news/2016/11/21460.html).

Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für eine ökologische Agrarreform einsetzen, in der Prämien an konkrete Nachhaltigkeitskriterien geknüpft sind?

Antwort:

Zunächst ist festzuhalten: Unsere Land- und Forstwirtschaft erzeugt hochwertige Lebensmittel, nachwachsende Rohstoffe sowie erneuerbare Energien und erhält darüber hinaus unsere vielfältige Kulturlandschaft. Die Agrarförderung für landwirtschaftliche Betriebe wird nur gewährt, wenn im Rahmen des Cross Compliance bestimmte Standards im Umwelt- und Tierschutz eingehalten werden. Mit der letzten Agrarreform wurden die Landwirte durch das sogenannte Greening verpflichtet, zusätzliche Umweltleistungen zu erbringen und damit die biologische Vielfalt zu fördern (z.B. durch Blühstreifen). Mit dem Greening leistet die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag, eine artenreiche Kulturlandschaft zu bewahren.

Bei der kommenden Agrarreform trete ich dafür ein, die zwei Säulen der Agrarförderung beizubehalten: Über die erste Säule werden Landwirte in Form von Direktzahlungen für ihre gesellschaftlichen Leistungen vergütet, die zweite Säule dient der Förderung der ländlichen

Räume. Ich trete dafür ein, über die zweite Säule noch stärker als bisher tier- und umweltgerechte Haltungsverfahren sowie Agrarumweltmaßnahmen zu unterstützen. Darüber hinaus sollten wir bei der Neujustierung der Agrarförderung auch agrarstrukturelle Gesichtspunkte im Auge behalten. Dazu gehört für mich die Förderung von Junglandwirten, kleinen und mittleren Betrieben sowie von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

4. Ökolandbau

Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln wächst, doch die Anbaufläche hierzulande wächst nicht schnell genug mit. Verbrauch und Anbau sind noch weit von dem auch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie festgeschriebenen Ziel von 20 Prozent Ökolandbau entfernt. Um das Ziel zu erreichen, braucht es eine stärkere Förderung des Bio-Anbaus.

Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für eine stärkere Förderung des Ökolandbaus und der Ökolebensmittelwirtschaft einsetzen?

Antwort:

Ich bin dafür, dass die steigende Nachfrage nach ökologischen Lebensmitteln noch mehr mit heimischen Produkten gedeckt wird. Dieser Wachstumsmarkt bietet zudem vielen Betrieben eine Perspektive. Die Zukunftsstrategie ökologischer Landbau des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft weist den Weg, den ökologischen Landbau in Deutschland weiter zu stärken. Wichtige Maßnahmen sind, Betriebe bei der Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung zu unterstützen und durch Forschungsprojekte die Leistungsfähigkeit des ökologischen Landbaus zu verbessern.

5. Gentechnik

Der überwiegende Teil der Bevölkerung lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab, da mit der Freisetzung von genmanipulierten Pflanzen unkalkulierbare ökologische und soziale Risiken einhergehen.

Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für den Verzicht auf Gentechnik in der Landwirtschaft einsetzen – und zwar sowohl im Pflanzenbau als auch bei Futtermitteln?

Antwort:

Ja. Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist aufgrund der kleinräumigen Agrarstrukturen in Baden-Württemberg nicht sinnvoll. Mit Nachdruck setze ich mich deshalb dafür ein, dass wir die Opt-out-Regelung im EU-Recht nutzen und nationale und regionale Anbauverbote ermöglichen. Zwar gibt es derzeit keinen kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland, für rechtssichere Anbauverbote sind gleichwohl Gesetzesänderungen erforderlich.

Bei Futtermitteln ist folgendes zu beachten: Deutschland ist in hohem Maße von Importen abhängig, die größtenteils aus Südamerika stammen und gentechnisch verändert sind. CDU und CSU haben sich bei der letzten Reform der EU-Agrarpolitik deshalb für die Zulassung des Anbaus von Leguminosen auf Greeningflächen eingesetzt, damit unsere Bauern für die Tier-

haltung wieder stärker einheimische, gentechnisch nicht veränderte Eiweiß-Futterpflanzen anbauen können. Aus demselben Grund hat die unionsgeführte Bundesregierung auch eine Eiweißpflanzenstrategie aufgelegt und unterstützt die Etablierung des Sojaanbaus in Deutschland und Europa.

Ich halte nichts davon, die grüne Gentechnik zu verteufeln und unkalkulierbare Risiken heraufzubeschwören. Rund 80 Prozent unserer verarbeiteten Lebensmittel kommen im Herstellungsprozess mit Gentechnik in Berührung. Da viele Verbraucher gentechnisch veränderte Lebensmittel ablehnen, trete ich dafür ein, das EU-Recht zu ändern und eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel einzuführen, die mit Hilfe von Gentechnik hergestellt wurden.

6. Stickstoffüberschuss

Durch Massentierhaltung und Überdüngung der Landschaft mit Gülle leiden viele Regionen Deutschlands an einem Stickstoffüberschuss. Die Folgen: Belastungen des Trinkwassers mit Nitrat, Verlust von Arten und Lebensräumen sowie Gülletransporte durch Deutschland und über Staatengrenzen hinweg.

Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für eine Reduktion der Stickstoffüberschüsse durch die Einführung von Hoftorbilanzen und eine Koppelung der Tierhaltung an die vorhandene Flächengröße des landwirtschaftlichen Betriebs einsetzen?

Antwort:

In Baden-Württemberg wird seit Jahrzehnten ein vorbildliches Wasserschutzmodell verwirklicht, das zu geringen Nitratwerten im Grundwasser geführt hat. Um Probleme in anderen Regionen in den Griff zu bekommen, haben wir aktuell die Dünge-Novelle verabschiedet. Ziele der Novelle sind, übermäßige Düngung zu unterbinden und unsere Gewässer besser zu schützen. Zudem wurde entschieden, dass die Dokumentation und Kontrolle der Nährstoffausbringung künftig im Rahmen einer Stoffstrombilanz erfolgt. Die CDU/CSU wird sich dafür einsetzen, dass die Landwirte die Stoffstrombilanz mit möglichst wenig Bürokratie umsetzen können.

Da Stickstoffüberschüsse in erster Linie ein regionales Problem sind, halte ich generelle Tierobergrenzen für landwirtschaftliche Betriebe für ungeeignet. Mit der Dünge-Novelle leisten wir einen wichtigen Beitrag, dass die landwirtschaftliche Tierhaltung flächengebunden bleibt. Auf eine flächengebundene Tierhaltung sollten wir auch künftig Wert legen – ich bin dafür, dies in der Nutztierstrategie zu verankern. Die Tierhaltung ist ein wichtiges Standbein der Landwirtschaft in Deutschland – die CDU/CSU befürwortet, dass dies so bleibt. Mit der Nutztierstrategie wollen wir Investitionssicherheit für Landwirte, Tierwohl und Umweltschutz auf eine langfristig tragfähige Grundlage stellen.

7. Wiedervernetzung

Die Zerschneidung unserer Landschaft durch Straßen ist eines der größten Probleme für viele Wildtiere. Gemeinsam mit WWF, Deutschem Jagdverband (DJV) und ADAC fordert der NABU, dass mehr Mittel für Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen an Straßen und Schienen ausgegeben werden.

Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis dafür einsetzen, dass das Bundesprogramm Wiedervernetzung im BMVI einen eigenen Haushaltstitel mit jährlich 30 Millionen Euro erhält?

Antwort:

Bislang werden Wiedervernetzungsmaßnahmen aus unterschiedlichen Haushaltstiteln finanziert. Anhand des nächsten Zwischenberichts der Bundesregierung sollte geprüft werden, ob Änderungen am Bundesprogramm Wiedervernetzung sinnvoll sind und ein eigener Haushaltstitel erforderlich ist. Ich bin dafür, das Programm weiterzuführen.

8. Stromtod

Viele Vögel sterben, da sie an unzureichend gesicherten Mittelspannungsstrommasten einen tödlichen Stromschlag erleiden. All diese Todesfälle wären durch einen zeitgemäßen Schutz vermeidbar.

Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für den Schutz von Vögeln vor dem Stromtod einsetzen, indem die Netzbetreiber verpflichtet werden, die Freileitungen an den Stand der Technik anzupassen?

Antwort:

Nach dem Bundesnaturschutzgesetz sind Netzbetreiber bereits seit 2002 verpflichtet, neue Freileitungen so zu errichten, dass Vögel vor Stromschlag geschützt sind. Ich finde es angemessen, ältere Freileitungen gezielt nachzurüsten, wenn sie in Gebieten mit viel Vogelflug von Großvögeln liegen – diese sind besonders gefährdet. Positiv für den Vogelschutz ist, dass für die große Nord-Süd-Leitungstrasse Suedlink eine Erdverkabelung vorgesehen ist.

9. Artenschutzgutachten

Bei Infrastrukturprojekten werden aufgrund mangelhafter Gutachten die Belange des Artenschutzes oft nicht ausreichend berücksichtigt. Was wir brauchen, sind bundesweit einheitliche Methodenstandards sowie unabhängige Kontrollen z. B. durch stichprobenartige Überprüfungen von Artenschutzgutachten.

Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis in diesem Sinne für eine Verbesserung der Qualität von Artenschutzgutachten einsetzen?

Antwort:

Zweifelloos ist es wichtig, dass Artenschutzgutachten ihren Zweck gut erfüllen. Dafür sind meines Erachtens die Länder zuständig. Um die biologische Vielfalt zu schützen, ist es wichtig, dass die Belange des Artenschutzes bei Entscheidungen über Infrastrukturprojekte vorgebracht und so weit wie möglich berücksichtigt werden. Letztlich müssen bei Infrastrukturentscheidungen ökologische, wirtschaftliche und soziale Aspekte abgewogen werden.

10. Bundesprogramm Biologische Vielfalt

Eines der erfolgreichsten Förderprogramme des Bundes für den Naturschutz ist das „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“. Auch in Baden-Württemberg werden darüber wichtige Projekte finanziert.

Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für die Aufstockung des Bundesprogramms Biologische Vielfalt von derzeit 18 auf 50 Millionen Euro pro Jahr einsetzen?

Antwort:

Im Juli hat die Bundesregierung ihren Bericht zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt vorgelegt. Der Bericht offenbart, dass erheblich größere Anstrengungen erforderlich sind, die biologische Vielfalt zu bewahren. Deshalb halte ich eine Stärkung des Bundesprogramms für sinnvoll, um den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt voranzubringen.